Nr. 20. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Mittwoch, 13. Januar 1897.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin. Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Preßverfolgungen.

In letzter Nummer haben wir bereits in einem Telegramm eines Artikels der „Köln. Ztg." über Preßverfolgungen erwähnt. Dem nun im Wortlant vorliegenden Artikel entnehmen wir noch Folgendes:

Wo die Schranken der Bureaukratie die unbedingte Geheimhaltung ermöglichen, da ist anzuerkennen, daß es auch Pflicht der Regierung ist, für die Verwirklichung dieser Geheimhaltung zu sorgen, und diejenigen, die dagegen sich vergehen, zur Strafe zu ziehen. Im Fall der „Frankfurter Zeitung" wird das Vorliegen einer solchen disziplinwidrigen Indiskretion von der Regierung — freilich unter Bestreitung seitens der Redaktion — behauptet; die Regierung ist also auch in ihrem Rechte, wenn sie zum Zwecke der Bestrafung alles aufbietet, um die Person kennen zu lernen, die die ihr obliegende Pflicht der Verschwiegenheit verletzt hat. Aber dieses Aufbieten hat eine Grenze; die dienstlichen Versuche der Ermittlung des wirklichen Einsenders dürfen nicht so weit gehen, daß sie von dem verantwortlichen Redakteur durch Zwangsgewalt die Ausführung einer ehrlosen Handlung zu erpressen suchen. Für einen verantwortlichen Redakteur ist es eine Pflicht der eigenen Ehre und des Gewissens, den Namen der Einsender so lange geheim zu halten, als diese nicht durch ihr Interesse oder durch Ehrenpflicht sich veranlaßt sehen, selbst mit ihrem Namen hervorzutreten. Ein Redakteur, der diese selbstverständliche Pflicht der Geheimhaltung verletzte, würde damit in den Augen der ganzen öffentlichen Meinung als ehrlos hingestellt werden. Ist das aber der Fall, dann verbietet sich die Anwendung von Zwangsmitteln, wenn sie auch gesetzlich an sich zulässig wäre, von selbst; am meisten aber für die Staatsregierung, der der Schutz der Ehre der einzelnen Bürger mindestens ebenso wichtig sein sollte, wie die Verfolgung begangener Disziplinarvergehen. Es kann nun der Fall bei der „Frankfurter Zeitung" so liegen, daß jetzt der Einsender des Artikels besser daran thäte, sich selbst zu nennen; ob aber diese Möglichkeit zutrifft, können nur die Betheiligten beurtheilen. Nachdem aber der Einsender ruhig den Redakteur hat ins Gefängniß wandern sehen und sich nicht freiwillig genannt hat, da meinen wir, wäre es an der Regierung, einzusehen, daß dieser Weg, den sie eingeschlagen hat, um die Person des Einsendes zu ermitteln, ebensowenig zum Ziele zu führen geeignet ist wie die frühern Wege der Rundfrage bei allen Beamten u. s. w. Um diese Einsicht zu gewinnen, bedarf es doch wahrlich nicht erst der vollen Absitzung der sechs Monate Haft. Im Gegentheil meinen wir, daß grade dann, wenn es sich um einen ausgesprochenen politischen Gegner handelt, als welcher die „Frankfurter Zeitung" der Regierung gegenüber wohl zu gelten hat, es einen bessern Eindruck machen würde, wenn die Staatsregierung nicht gar zu spät zu der Einsicht von der Untauglichkeit des jetzt angewandten Mittels gelangte. Wir vertrauen dem Fürsten Hohenlohe, daß, sobald er Kenntniß von der Sachlage genommen, er für die sofortige Einstellung des Verfahrens sorgen wird.

Was die Verfolgung gegen die „Voss. Ztg." betrifft, sagt der Artikel weiter: Da es sich um die Ermittelung des Verfassers eines Leitartikels „Verwaltungsbureaukratie und Richterstand" handeln soll, für den sicherlich der Chefredakteur selbst die volle Verantwortung übernommen hat, so liegt die Muthmaßung nahe, daß auch in diesem Aufsatze nach einer Indiskretion eines Beamten gefahndet wird; es wird nämlich in dem Aufsatze erzählt, daß der Justizminister ursprünglich für die Land- und Amtsrichter den gleichen Höchstbetrag der Gehälter gefordert habe, der für die Räthe der Verwaltungen bestimmt war, daß die Kommissare des Finanzministers diese Forderung rund abgelehnt hätten, daß sich dann eine Verständigung über ein Höchstgehalt von 6600 Mark ergeben, schließlich aber der Finanzminister diesen Höchstsatz noch um 300 Mark gekürzt habe. Nun ist theoretisch zuzugeben, daß diese Mittheilungen Interna der Verwaltung enthüllen sollen, die an sich mit dem Schleier des Dienstgeheimnisses gehütet sind. Aber praktisch liegen die Dinge so, daß solche Mittheilungen beispielsweise in den Foyers der Parlamente — allerdings oft in recht unzuverlässiger Fassung — offen umlaufen. Die verschiedenen Abgeordneten bekümmern sich oft um solche Dinge in dem Sinne, daß sie eine Regelung nach ihren Wünschen zu erzielen suchen; die einzelnen Fachminister sagen die Erfüllung zu oder machen ihre Bedenken geltend; schließlich beweist der Etat, daß der Finanzminister sich den Fachministern nicht gefügt hat. Da ist es doch wahrlich kein Kunststück, sich den wirklichen Hergang der Vorbereitungen zu kombiniren, und durchschnittlich pflegt demgemäß auch jeder parlamentarische oder journalistische Kenner unserer Verhältnisse das Richtige zu ermitteln und zu verbreiten. Wir können darin keinerlei Unheil für eine gesunde Entwickelung unserer Staatsinteressen erblicken, und wir meinen, daß jede starke Regierung alle Ursache hätte, sich über solche kleinlichen Indiskretionen hinwegzusetzen. In unseren modernen Zeiten ist eben eine starre Scheidung zwischen Oeffentlichkeit und Hierarchie nicht mehr durchzuführen; wer das anstrebt, der verfolgt ein Phantom. Denn im konstitutionellen Staat ist die Regierung machtlos, wenn sie nicht die Oeffentlichkeit für sich hat, deren einer, wesentlicher Theil die Parlamente sind, deren anderer, noch wichtigerer und einflußreicherer Theil die Presse ist. Die Bewilligung der für alle Staatseinrichtungen und Maßregeln nothwendigen Geldmittel ist Sache der Parlamente, aber diese Bewilligung ist im Wesentlichen ausgeschlossen, wenn sie nicht ausreichend vorher vorbereitet und gestützt wird durch die Presse. Diese wichtige Preßarbeit kann aber nie und nimmer verrichtet werden einseitig durch ausschließliche Regierungsorgane. Gäbe es nur solche, so wäre unser Land im Zustande der bedenklichsten politischen Erstarrung, so hätten wir in Wahrheit überhaupt nicht die Möglichkeit, die öffentliche Meinung zu hören. Diese öffentliche Meinung bildet sich erst aus dem Kampf und Gegenstreite der verschiedensten politischen Anschauungen, aus dem gegenseitigen Ringen der mannigfachen wirthschaftlichen und sozialen Interessengegensätze um die Oberhand im Staatsleben. Diesen Kampf hat die Presse auszufechten, und ihn möglichst frei und unumwunden zur Geltung zu bringen, hat auch die Regierung dringenden Anlaß. Gewiß recht häufig fallen in diesem Kampfe auch persönliche Spähne, die besser unterblieben; Menschen kämpfen eben menschlich, und solche menschlichen Verirrungen ereignen sich um so leichter, je jünger das politische Leben in einem Lande ist, je schärfer die Parteigegensätze sich zuspitzen, je unerfreulicher die wirthschaftliche Lage ist, je jünger die einzelnen Wortführer im Kampfe stehen. Systematische Brunnenvergiftung, absichtliche persönliche Beleidigungen und Verleumdungen mögen nachdrücklich bekämpft und bestraft werden; mit solchen Enthüllungen, wie sie der Prozeß gegen Lützow und Leckert gebracht hat und voraussichtlich auch die Verhandlungen gegen Tausch bringen werden, wird gerade der anständigen Presse ein hoher Dienst erwiesen, indem dadurch solche schmutzigen Elemente, die sich auf Schleichwegen in den Dienst der öffentlichen Meinung einzudrängen suchen, grell beleuchtet und dauernd unschädlich gemacht werden. Aber im Uebrigen hat jede Regierung, die sich stark hält und die eine gute Sache führt, das dringendste Interesse daran, den Kampf der Geister und der Meinungen sich austoben zu lassen und unbefangen zu prüfen und festzustellen, was sich in diesem Kampf als Wahrheit, als das im steten Wandel befindliche Bedürfniß einer modernen Zeit herausschält. Man strafe die Lumpen, wo sie sich, wie in jedem andern Betriebe, auch in der Presse festzusetzen suchen; aber man achte das freie Wort des freien Mannes, selbst wo es auf mangelnder Kenntniß der wirklichen Thatsachen sich stützt; man prüfe, man berichtige und widerlege es und lege nicht jedes einzelne Wort auf die Goldwage. Denn im Kampfe kann selbst der Bestmeinende daneben schlagen; ohne Kampf aber ist ein politischer Fortschritt und ein gesundes Staatsleben undenkbar.

Aus dem Reiche.

Das Befinden des **Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin** ist, wie den „Meckl. Nachr." unter dem 10. d. Mts. aus Cannes gemeldet wird, weiterhin ein zufriedenstellendes, und die Wiederherstellung schreitet langsam vorwärts. Als Folgen und Ausgang der phlegmonösen Entzündung hatten sich Abscesse gebildet, welche geöffnet wurden und jetzt in der Heilung begriffen sind. — **Prinz Albrecht zu Waldeck und Pyrmont,** königl. preußischer Major a. D., ist nach langen, schweren Leiden gestorben. Der am 11. Dezember 1841 geborene Prinz hinterläßt als Wittwe die Prinzessin Marie Luise zu Hohenlohe-Oehringen, einen Sohn und eine Tochter. — Der **Landtagsabgeordnete Julius Sander,** Rittergutsbesitzer zu Elze, geboren am 26. August 1838, ist gestern in seiner Heimath plötzlich gestorben. Sander vertrat seit 1885 den 2. Hildesheimschen Wahlkreis (Gronau, Alfeld) und zählte zur nationalliberalen Partei. — Die Kommission zur Erörterung der **Frage des Bernsteinregals** hat gestern unter dem Vorsitz des Handelsministers Brefeld und des Unterstaatssekretärs Lohmann ihre erste Sitzung in einem Saale des Herrenhauses abgehalten. Die Berathung beschränkte sich auf die Entgegennahme der Sachverständigenberichte über die Verhältnisse der Bernsteinproduktion. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt. Kommerzienrath Becker hat den Vertrag mit der Regierung für Ende dieses Jahres gekündigt. — In der Presse ist in letzter Zeit mehrfach die Nachricht verbreitet worden, daß im Bezirke der östlichen Eisenbahndirektionen zahlreiche Hülfsbedienstete polnischer Nationalität **wegen mangelhafter Kenntniß des Deutschen entlassen** und dadurch viele Hunderte armer polnischer Familienväter brodlos geworden seien. Diese Nachricht entbehrt nach dem Ergebniß amtlicher Ermittelungen jeglicher Begründung. Das Thatsächliche beschränkt sich darauf, daß die königliche Eisenbahndirektion zu Kattowitz durch eine in ihrem Amtsblatt veröffentlichte Verfügung ihrem Personal in Erinnerung gebracht hat, daß die Amtssprache im Dienstbereiche der preußischen Staatseisenbahnverwaltung den vom Bundesrath erlassenen Vorschriften gemäß ausschließlich die deutsche sei, daß alle Beamten und Hülfsbediensteten im dienstlichen Verkehr sich stets dieser Sprache zu bedienen hätten und deren Kenntniß eine unerläßliche Voraussetzung für die Uebertragung amtlicher Verrichtungen sei, ein Grundsatz, welcher von jeher im preußischen Staatsdienst maßgebend gewesen ist. Aus diesem Anlaß sind bisher zwei im Bezirke der genannten Eisenbahndirektion im Schrankendienst beschäftigte, des Deutschen nicht mächtige Bahnwärterfrauen aus dieser Beschäftigung zurückgezogen und durch ihre deutschredenden Töchter ersetzt. — Die „Nat.-Lib. Korr." schreibt: „Im Anschluß an die Berathungen der Kommission für Arbeiterstatistik ging im Reichstag das Gerücht, daß die **Veränderungen im preußischen Handelsministerium** mit dem Rücktritt des Freiherrn von Berlepsch nicht abgeschlossen sind. Das Gerücht bezieht sich auf die Thatsache, daß beim Wiederbeginn der Berathungen der bezeichneten Kommission nicht der Vorsitzende derselben, der Unterstaatssekretär Lohmann aus dem Handelsministerium, sondern Direktor von Woedtke aus dem Reichsamt des Innern die Leitung übernahm. — Die Berathungen der Ausschüsse des Bundesraths über den **Entwurf des neuen Handelsgesetzbuchs** und des zugehörigen Einführungsgesetzes sind nach der „Nordd. Allg. Ztg." nunmehr zum Abschluß gelangt, so daß die Einbringung dieser umfangreichen und wichtigen Vorlage beim Reichstag gegen Ende der nächsten Woche erwartet werden darf. Das Handelsgesetzbuch wird sonach ungefähr um dieselbe Zeit an den Reichstag gelangen, um welche im vorigen Jahre der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Reichstag vorgelegt wurde. Da das Handelsgesetzbuch bei Weitem nicht den Umfang des Bürgerlichen Gesetzbuchs erreicht, auch die darin enthaltenen Neuerungen entfernt nicht die Bedeutung besitzen wie die im Bürgerlichen Gesetzbuch vollzogene Reform des allgemeinen bürgerlichen Rechts, so werde es, meint das genannte Blatt, dem Reichstag nicht schwer werden, die Berathung der Vorlage noch in dieser Session durchzuführen und damit das rechtzeitige Inslebentreten des gesamten bürgerlichen Rechts zu dem durch das Bürgerliche Gesetzbuch bezeichneten Zeitpunkt sicher zu stellen. Hierzu gehören allerdings auch noch einige andere Gesetze. — **Zum Lehrerbesoldungsgesetze** hat der Vorstand des katholischen Lehrerverbandes Deutschlands eine Petition an das Herrenhaus gerichtet, worin um Annahme des Gesetzentwurfs in der vorliegenden Kommissionsfassung gebeten wird. — In **Braunschweig** sind bei den gestrigen **Stadtverordnetenwahlen** zur dritten Klasse sämtliche sozialdemokratischen **Kandidaten**, auch die bisher der Stadtverordneten-Versammlung angehörenden, unterlegen. Die Sozialdemokraten besitzen nunmehr nur noch ein Mandat zu dieser Versammlung. Eine Stichwahl ist in Folge Zersplitterung der bürgerlichen Parteien erforderlich. — In **Kassel** nahm gestern eine zahlreich besuchte Protestversammlung des Kasseler Bürgervereins einstimmig eine Resolution gegen die Städteordnung für Hessen-Nassau, insbesondere gegen das **Dreiklassenwahlsystem** an. Ferner wurde die Entsendung einer Deputation des Vereins und hessischer Städte nach Berlin beschlossen, um bei dem Landtage, den Ministern und gegebenenfalls bei dem Kaiser vorstellig zu werden. Ebenso haben sich die städtischen Behörden von Hanau gegen das Dreiklassenwahlsystem erklärt. — In **Wiesbaden** siegte bei den gestrigen **Wahlmännerwahlen** für die am 19. Januar stattfindende Landtagsersatzwahl die freisinnige Partei. Die Wahl des freisinnigen Kandidaten, Stadtverordneten Landwirths Wintermeyer, ist gesichert. — In **Posen** ist dem Lehrer Hugo Sommer, welcher nach dem Weggange des Rektors Richter mit Genehmigung der Regierung zu Posen die Leitung der **„Posener Lehrer-Zeitung"** übernommen hatte, durch ein neuerliches Schreiben derselben Behörde die Erlaubniß zur Uebernahme dieses Amtes entzogen worden.

Berlin, 13. Januar. Die Kaiserin Friedrich erschien gestern Nachmittag gegen 3 Uhr in der Kaiser Friedrich-Gedächtnißkirche, um die Gedenknische zu besichtigen, welche die hohe Frau dort ihrem unvergeßlichen Gemahl gewidmet hat. Die Führung übernahm der Erbauer des schönen Gotteshauses, Professor Johannes Vollmer von der Technischen Hochschule. Den Platz für die Anlage hat die Kaiserin persönlich ausgewählt und auch die Gestaltung im Wesentlichen bestimmt. Es ist eine flachbogenförmige Nische, welche in der Kirche selbst an der linken Wand nahe am Eingange sich befindet. Den Mittelpunkt bildet die von J. Uphues geschaffene Bronzebüste, an der die Kaiserin selbst einen hervorragenden künstlerischen Antheil hat. Kaiser Friedrich ist hier im Küraß dargestellt; über die rechte Schulter legt sich ein Gewand, das quer über die Brust geht. Die Büste steht auf einem kleinen, rothgeaderten weißen Marmorsockel, der in einen Unterbau eingefügt ist. Dieser kostbare Unterbau trägt die Formen der italienischen Renaissance und ist im Auftrage der Kaiserin Friedrich nach dem berühmten Grabmal des Paulo Medici in Florenz hergestellt; das Material ist feiner gelblicher oberitalischer Marmor. Die Ornamente umfassen ein rechteckförmiges Mittelfeld, das auf Goldgrund folgende Inschrift trägt:

„Friderico III. Imperatori Germaniae
Regi Borussiae
Qui obiit A. MDCCCLXXXVIII Jun. XV.
Vitae LVII.
In honorem et memoriam Uxor."

(Friedrich III., deutscher Kaiser, König von Preußen, der am 15. Juni 1888, im 57. Jahre seines Lebens verstorben ist. Zu seinen Ehren und zum Andenken an seine Gemahlin.)

Dieser Unterbau, der ein Gewicht von 16 Zentner hatte, ist tief in die Wand eingelassen. Herrn Professor Vollmer fiel die Aufgabe zu, zwischen diesen italienischen Renaissanceformen und dem nordischen Backsteinbau der Kirche eine geeignete Verbindung zu schaffen; die Lösung fand er durch Angliederung eines Frieses, der den Unterbau auf beiden Seiten verlängert und dem Ganzen einen harmonischen Abschluß giebt. Der Fries ist einstweilen versuchsweise aus dunkelgebeiztem Holz hergestellt und wird später in getriebenem Kupfer ausgeführt werden, so daß die Tönung mit der patinirten Bronzebüste zusammenstimmt. Der Fries zeigt am unteren Rande ein Band, durch das sich Lorbeer hindurchzieht, und im Hauptfelde kräftige Eichenzweige auf Goldgrund. In der Mitte des Frieses liegt das farbenprächtige Wappenschild der Kaiserin Friedrich, zu dem später auf der anderen Seite das Wappenschild des Kaisers hinzukommen wird. Der Hintergrund der Nische ist vorläufig abgeputzt und soll nun eine geeignete Bemalung erhalten. Der Blick des Kaisers ist auf die Orgel gerichtet, auf deren Klänge er zu lauschen scheint, wie damals, als er schwer krank in der Kirche zu Bornstädt weilte und tief ergriffen dem Orgelspiel seiner Tochter der Prinzessin Viktoria zuhörte. Die Kaiserin Friedrich nahm die von ihr gestiftete Gedenknische eingehend in Augenschein und äußerte ihre Wünsche für die weitere Ausgestaltung.

— Die Berufsgenossenschaften sind gegenwärtig mit den Vorarbeiten zur Feststellung der auf die einzelnen Unternehmer entfallenden Beiträge für das Jahr 1896 beschäftigt. Es ist im Interesse aller Betheiligten dringend zu wünschen, daß der rechtzeitige Abschluß dieser Vorarbeiten nicht unnöthig verzögert wird. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es vor allen Dingen nothwendig, daß die Betriebsunternehmer selbst die Lohnnachweisungen, welche bekanntlich zusammen mit den Gefahrentarifen die Grundlagen für die Beitragsberechnungen bilden, rechtzeitig an die zuständigen Stellen einsenden. Je früher die Berechnungen vorgenommen werden können, desto besser wickeln sich alle daran schließenden Geschäfte, wie Einziehung der Beiträge, Zahlungen an die Post u. s. w. ab. Es ist deshalb immer von Neuem zu wünschen, daß die Einsendung der Lohnnachweisungen recht bald erfolgt. Die diesmalige Beitragsberechnung wird insofern auch ein Interesse in Anspruch nehmen können, als bei ihr zum letzten Male ein Zuschlag zum Reservefonds in Ansatz gebracht werden wird. Die Reservefonds der Berufsgenossenschaften haben nach dem Gesetze 11 Jahre hindurch durch Zuschläge zu den Entschädigungen gebildet bezw. erhöht werden müssen. Das Reichs-Versicherungsamt hatte seinerzeit, da die berufsgenossenschaftliche Thätigkeit am 1. Oktober 1885 begann, bestimmt, daß das erste hierbei in Betracht kommende Jahr das Kalenderjahr 1886 sein sollte. Das Jahr 1896 wäre danach das letzte, für welches solche Zuschläge erhoben werden können. Sie werden übrigens diesmal keine große Höhe erreichen, da sie nur 10% der Entschädigungen, also voraussichtlich etwa 5 Millionen, ausmachen werden.

— Nach dem dem Abgeordnetenhause zugegangenen Bericht über die Betriebsergebnisse der preußischen Staatseisenbahnen im Betriebsjahre 1895/96 betrug die Gesamtlänge der im Betriebe befindlichen königlich preußischen Normalspurbahnen für öffentlichen Verkehr am Schluß des Jahres 1895/96 27 260,30 km gegen 26 363,66 km am Schluß des Vorjahres. Zieht man die Längen der Wilhelmshafen—Oldenburger Eisenbahn und des preußischen Antheils an der Main—Neckarbahn ab, so ergiebt sich eine Gesamtlänge von 27 199,91 km. Hiervon sind Hauptbahnen 18 934,35 km oder 69,61 v. H. und Nebenbahnen 8265,56 km oder 30,39 v. H.; eingleisig 16 504,65 km, zweigleisig 10 592,45 km, dreigleisig 38,03 km und viergleisig 64,78 km. Schmalspurbahnen für den öffentlichen Verkehr befanden sich im Besitz des preußischen Staates 166,50 km, Bahnstrecken für nicht öffentlichen Verkehr 212,19 km. Von den Staatsbahnen für öffentlichen Verkehr entfallen auf die Provinzen Ostpreußen 1568,95 km (gegen 1564,92 km im Vorjahr), Westpreußen 1 340,66 (1 351,67) km, Pommern 1 402,93 (1 358,90) km, Posen 1 839,90 (1 775,09) km, Schlesien 3 524,66 (3 414,93) km, Brandenburg einschl. Berlin 2 712,00 (2 651,59) km, Sachsen 2 373,90 (2 359,54) km, Hannover 2 134,55 (2 142,38) km, Westfalen 2 132,94 (2 124,99) km, Hessen-Nassau 1 437,48 (1 407,21) km, Rheinprovinz 3 375,74 (3 284,37) km, und Schleswig-Holstein 1 053,53 (1 049,46) km. Dem Personenverkehre dienten 26 640,42 km, dem Güterverkehre 27 158,82 km gegen 25 770,46 km und 26 264,78 km am Ende des Vorjahres. Das Anlagekapital für die Normalspurbahnen betrug 7 004 293 275 Mark, von denen auf die Bahnen für öffentlichen Verkehr 6 980 137 145 Mark entfallen. Das ergiebt für 1 km Bahnlänge 256 624 Mark. Gegen die entsprechenden Beträge des Vorjahres von 6 832 524 842 Mark und 259 745 Mark hat hiernach das Anlagekapital um 147 612 303 Mark oder 2,16 v. H. zugenommen, während sich der Durchschnittsbetrag desselben für 1 km Bahnlänge um 3 121 Mark oder 1,20 v. H. vermindert hat. An Bahnhöfen waren auf den Normalspurbahnen 2237, an Haltestellen 2283, zusammen 4520 Stationen vorhanden, auf den Schmalspurbahnen 39 Stationen. Der Bestand an Betriebsmitteln betrug Ende 1895/96 10 924 Lokomotiven (Beschaffungskosten 454 951 232 Mark), 18 801 Personenwagen (182 301 439 Mark), 4834 Gepäckwagen (33 399 524 Mark) und 225 347 Güterwagen (635 391 307 Mark). Mehr beschafft als ausgeschieden sind 60 Lokomotiven, 161 Personenwagen, 117 Gepäckwagen und 2043 Güterwagen. Die Beschaffungskosten der gesamten am Ende des Berichtsjahres vorhandenen Betriebsmittel mit Ausnahme derjenigen für die thüringischen Schmalspurbahnen betragen 1 306 043 502 Mark oder 18,71 v. H. des verwendeten Anlagekapitals der normalspurigen preußischen Staatseisenbahnen für den öffentlichen Verkehr. Für die im Berichtsjahre neu eingestellten Betriebsmittel sind zusammen 52 515 483 Mark verausgabt, während die Beschaffungskosten der in derselben Zeit ausgeschiedenen Betriebsmittel 27 151 013 Mark betragen haben. Die Gesamteinnahmen haben 1 039 420 046 Mark im Berichtsjahre gegen 955 938 395 Mark im Vorjahre betragen; sie sind somit um 83 481 651 Mark oder 8,73 v. H. gestiegen. Auf 1 km durchschnittlicher Betriebslänge zurückgeführt, ergeben die Einnahmen 38 468 Mark gegen 36 555 Mark im Vorjahre, mithin eine Steigerung um 1 913 Mark oder 5,23 v. H. Die Gesamtausgaben haben 569 951 357 Mark im Berichtsjahre gegen 570 523 588 Mark im Vorjahre betragen; sie sind somit um 572 231 Mark oder 0,10 v. H. zurückgegangen. Der Ueberschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben betrug 469 468 689 Mark gegen 385 414 807 Mark im Vorjahre. Er ist somit im Jahre 1895/96 um 84 053 882 Mark oder 21,80 v. H. höher gewesen als im Jahre 1894/95. Auf 1 km durchschnittlicher Betriebslänge stellte sich der Ueberschuß auf 17 374 Mark, gegen 14 738 Mark im Vorjahre, ist somit um 2 636 Mark oder 17,89 v. H. gestiegen.

— In den Meldungen, die aus Wien über die Reise des Grafen Goluchowski nach Berlin kommen, wird betont, daß diese Theilnahme an der Festlichkeit, die alljährlich am Stiftungstage des Schwarzen Adlerordens veranstaltet wird, auf besondere Einladung von deutscher Seite erfolge. Wenn das, wie wohl anzunehmen, zutreffend ist, so würde in dieser von der bisherigen Gepflogenheit abweichenden Aufforderung eine neue Bestätigung der herzlichen Beziehungen, die zwischen dem deutschen Reiche und dem benachbarten Oesterreich-Ungarn obwalten und eine neue unzweideutige Zurückweisung der Gerüchte liegen, die im Sommer und Herbst vorigen Jahres in Umlauf gesetzt waren und dahin zielten, als ob sich eine neue Gruppirung der Mächte in Europa anbahne und die Bände sich zu lockern begännen, die die Dreibundsmächte zusammenhalten. Wichtige Fragen, die eine neue mündliche Verständigung zwischen den leitenden Staatsmännern in Deutschland und Oesterreich-Ungarn wünschenswerth oder gar nothwendig erscheinen ließen, liegen zur Zeit zwar wohl kaum vor. Immerhin würde es, zumal da der Graf Goluchowski doch zwei bis drei Tage in Berlin verweilen und während dieser Zeit sicher nicht ganz von den Ordens- und Hoffestlichkeiten in Anspruch genommen sein wird, doch nicht auffällig, vielmehr ganz selbstverständlich sein, wenn ein durch andere Vorgänge herbeigeführter Aufenthalt des Grafen in Berlin von diesem benutzt würde, um mit dem Fürsten Hohenlohe noch einmal die Fragen, die Gegenstand der Verhandlungen der europäischen Diplomatie sind, durchzugehen, und wäre es auch nur, um sich zu vergewissern, daß nach wie vor über deren Behandlung das vollste Einvernehmen zwischen Berlin und Wien vorhanden ist. Nach den neuesten telegraphischen Meldungen aus Konstantinopel ist dort neben der Reformfrage die Finanzfrage in den Vordergrund getreten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch in der Behandlung dieser Angelegenheit, wenn sie an die Mächte herantreten sollte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn im vollsten Einvernehmen mit einander handeln werden.

— Selbst von sehr kolonialfreundlicher Seite fängt man an, den phantastischen Eisenbahnplänen in Zentral-Afrika gegenüber mißtrauisch zu werden. Die „African Times" beschäftigen sich in der soeben hier eingetroffenen Nummer mit dem Eisenbahnbau in Afrika. Der Voranschlag der Zentralbahn für Deutsch-Ostafrika wird dabei einer scharfen Kritik unterzogen. Unter Hinweis auf die Thatsache, daß in Sachsen der Bau von Kleinbahnen 71 000 Mark pro Kilometer erfordert, werden die von der Kommission berechneten Kosten im Betrage von 41 000 Mark als erheblich zu niedrig bezeichnet. Die „Times" meinen, 140 000 Mark pro Kilometer würden nach den Erfahrungen im Kongostaate eher der Wahrheit näherkommen. An diese Darlegung knüpft die „Post" die Mahnung, daß man in Deutschland gut thun wird, alle Eisenbahnunternehmungen in Afrika sehr genau zu prüfen, ehe man an ihre Ausführung geht. Eine Ueberflügelung Deutschlands durch andere Nationen sei in dieser Hinsicht kaum zu fürchten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Januar. Erzherzog Rainer erhielt zu seinem 70. Geburtstage ein sehr schmeichelhaftes Glückwunschtelegramm des Großherzogs von Baden.

Wien, 12. Januar. Das „Fremdenblatt" meldet aus Pest: Das ungarische Handelsministerium verhandelt mit einem englischen Konsortium, um eine direkte Dampferverbindung nach den Levantehäfen herzustellen.

Frankreich.

Paris, 12. Januar. Die Budget-Kommission der Deputirtenkammer hat heute ihr Finanz-Gutachten über die Zuckersteuer-Vorlage beschlossen. — Die Kommission hatte seiner Zeit, nachdem sie die Ansicht des Vorsitzenden der Zoll-Kommission Graux gehört hatte, den Deputirten Krantz als General-Berichterstatter beauftragt, ausschließlich vom fiskalischen Gesichtspunkte aus ein ungünstiges Gutachten über den Gesetzentwurf auszuarbeiten. — Die Kommission hält die Ansätze der Einnahmen und Ausgaben für wenig gerechtfertigt. Sie ist der Ansicht, die Einführung der Prämien würde zur Folge haben, daß die gegenwärtig in den Speichern lagernden gewaltigen Zuckervorräthe sofort den Vortheil der Ausfuhrprämien genießen würden, ohne daß für dieselben zuvor die in diesem Gesetzentwurfe als Unterlage der Prämien vorgesehenen inneren Zuschlagssteuern erlegt worden seien. Daraus würde sich also für den Staatsschatz ein Fehlbetrag ergeben, dessen Höhe schwierig festzustellen sei, der aber immerhin recht beträchtlich sein würde.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 12. Januar. Im verflossenen Jahr sind in Christiania gegen 20 000 Personen wegen Trunkenheit verhaftet worden, so daß, da Christiania rund 180 000 Einwohner hat, auf kaum zehn Personen ein Betrunkener kommt, der verhaftet worden ist. Diese Ziffer, die gegen das Vorjahr eine Zunahme aufweist, zeigt drastisch das Vergebliche und Verfehlte des Kampfes, der in Norwegen auf Betreiben der Mäßigkeitsfreunde in neuerer Zeit mit allen Kräften gegen den Branntweingenuß geführt wird. Ein besonders scharfes Mittel glaubt man in einer Bestimmung des am 1. Januar v. Js. in Kraft getretenen neuen Branntweingesetzes zu haben, wonach die sämtlichen über 25 Jahre alten Einwohner einer Kommune, Männer wie Frauen, darüber abzustimmen haben, ob in der Kommune künftig ein Branntweinausschank stattfinden soll oder nicht. Das Recht des Verkaufes von Branntwein in den Kommunen Norwegens übt laut Gesetz je eine Branntweingesellschaft aus, und deren Sein oder Nichtsein hängt somit von der Abstimmung der Einwohner ab. Mit diesen Abstimmungen wurde zum ersten Mal 1895 begonnen, da zum 1. Januar 1896 die Berechtigung von 13 Gesellschaften ablief und zu erneuern war. 11 dieser Gesellschaften wurden niedergestimmt und nur zwei Städte behielten den Branntweinverkauf. Im abgelaufenen Jahre fanden in neun Kommunen Abstimmungen statt, wobei fünf Gesellschaften niedergestimmt wurden. Hier zeigte sich bereits eine Reaktion. Inzwischen ist nämlich in Norwegen der Verbrauch eines berüchtigten Weingemischs, „Laddevin" genannt, aufgekommen, der in Massen vertilgt wird. Dieser billige „Wein" wird aus dem Auslande eingeführt, denn auf Grund seiner Traktate hat Norwegen nur einen sehr niedrigen Zoll auf Wein, und Wein fällt nicht unter das Branntweingesetz. Dieses Weingemisch, das die Flasche für 60—80 Pf. verkauft wird, verdrängt den reinen Branntwein immer mehr, dessen Gebrauch noch außerdem durch verschiedene verschärfte Bestimmungen eingeschränkt wird. So ist beispielsweise hier in Christiania von Sonnabend Mittag bis Montag Morgen kein Tropfen Branntwein zu bekommen, und diese Bestimmung ist jetzt auch auf den Weinverkauf ausgedehnt. Was aber die bisherigen Zwangsmittel ausgerichtet haben, zeigen die eingangs mitgetheilten Zahlen. Vermuthlich werden die Mäßigkeitseiferer jetzt mit verschärften Strafbestimmungen gegen Trunkenheit herausrücken. Ein wirksames Mittel wäre ein hoher Zoll auf Wein, aber dazu darf Norwegen gar nicht greifen, es würde sich den Zorn der betheiligten Länder, in erster Linie Spaniens und Frankreichs, zuziehen und riskiren, dort sein reiches Absatzgebiet für Fische zu verlieren.

England.

London, 12. Januar. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Bonny: Eine englische Expedition, bestehend aus dem stellvertretenden Generalkonsul, dem stellvertretenden Kommissar, dem Kommandirenden der Truppen des Niger-Schutzgebietes, zwei Mitgliedern des Konsularkorps, einem Arzt, zwei Zivilpersonen und eingeboren Trägern, ging gegen den 1. d. M. nach der Stadt Benin in durchaus friedlicher Mission ab. Die Yacht des Konsuls ist nun hier mit Nachrichten eingetroffen, wonach die Expedition von Unterthanen des Königs von Benin hingeschlachtet worden sei.

Hier wird es noch für zweifelhaft erklärt, ob die Mitglieder der Beninexpedition wirklich sämtlich ermordet sind. Die Meldungen darüber widersprechen sich zur Zeit noch. Der „Times" zufolge sollte die Expedition den König auffor-

dern, die Hindernisse, die er dem Handelsverkehr entgegenstelle, zu beseitigen. Der König, der Menschenopfern huldigen soll, ließ erst jüngst jeden Weißen, der es wage, ihn zu besuchen, mit dem Tode bedrohen. Es wird eine militärische Expedition ausgerüstet werden, um ihn zu züchtigen.

Amerika.

Newyork, 12. Januar. Nach einer Depesche der „New York World" aus Washington habe der spanische Minister des Aeußern, Herzog von Tetuan, den Staatssekretär Olney in Folge der in Spanien hervorgetretenen Unzufriedenheit über das Reformprojekt für Kuba benachrichtigt, Spanien müsse alleiniger Richter bleiben über das, was für seine Kolonie das Beste sei, und könne keiner auswärtigen Macht, so befreundet sie Spanien auch sein möge, gestatten, im Namen Spaniens Zugeständnisse zu machen oder eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Jahreszeit die beste sei zur Ausführung von Reformen.

Von der Konfektions-Industrie.

Die Kommission für Arbeiterstatistik hat ihre Berathungen über die Erhebungen der Kleider- und Wäschekonfektion beendet. Da der „Reichsanzeiger" über das Ergebniß der Berathungen noch nicht berichtet, so theilen wir vorläufig mit, daß nach dem „Vorwärts" die Mehrheit der Kommission sich zu der Ansicht bekannte, die Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Verbot der Kinderarbeit, den Maximalarbeitstag von 10 Stunden für jugendliche Arbeiter und den Elfstunden-Arbeitstag für weibliche Arbeiter müßten auf die Werkstätten der Konfektionsindustrie ausgedehnt werden, und das Mitnehmen von Arbeit in die Wohnung müsse eingeschränkt werden. Dann wurde empfohlen, das Arbeitsverhältniß mehr zu regeln durch Aufstellung von Lohntarifen und Lohnzetteln oder Lohnbüchern. Ferner wurde dafür eingetreten, daß die Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter auch auf die Hausarbeiter ausgedehnt werden und die Konfektionäre zur Zahlung der Beiträge, welche die Unternehmer zu entrichten haben, herangezogen werden sollen. Die Frage, ob durch gewisse Arbeitsmethoden, wie die Anwendung des Kohlenbügeleisens, die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, wurde bejaht. Auch war die Mehrheit der Kommission der Ansicht, daß die regelmäßige Beschäftigung mit Maschinennähen für jugendliche weibliche Arbeiter mit besonderer Gefahr für die Gesundheit der Arbeiterinnen verknüpft sei. Die allgemeinen Grundsätze, welche die Kommission aufgestellt hat, sollen in einem Bericht zum Ausdruck gebracht und dem Reichskanzler übermittelt werden.

Hinsichtlich der sittlichen Zustände in der Konfektionsindustrie äußert sich der diese Frage behandelnde Abschnitt 10 der amtlichen Arbeit über die Verhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion folgendermaßen:

„Die Erwägung, daß die schlechten Löhne und der vielfach unregelmäßige Verdienst der Konfektionsarbeiterinnen leicht dazu Anlaß geben können, daß sie durch Verwerthung ihrer körperlichen Reize sich Verdienst suchen, auch dahin gehende Aeußerungen in der Presse und insbesondere die auf Grund einzelner Fälle generalisirte Behauptung, daß die Mädchen vielfach von den Arbeitgebern zur Hingabe genöthigt würden, legte es der Kommission nahe, auch über die sittlichen Zustände Nachforschungen zu veranlassen. In Berlin befanden sich unter 1427 Prostituirten, welche vom 1. April 1894 bis 1. April 1895 neu eingeschrieben wurden, 232 „Näherinnen". In dem Bericht für München werden unter den 133 weiblichen Personen, welche „gerichtlich abgewandelt" wurden, weil sie, ohne angemeldet zu sein, gewerbsmäßige Unzucht betrieben hatten, 15 „Näherinnen" gezählt. Doch solche Angaben gestatten keine Schlüsse. Erstens sind die Berufsangaben an und für sich unsicher, zweitens ist „Näherinnen" nicht mit Konfektionsarbeiterinnen identisch, drittens kann man danach nicht beurtheilen, ob sich die „Näherinnen" in stärkerem Maße als aus anderen Berufskreisen der Prostitution zuwenden; viertens beziehen sie sich nur auf die kontrollirte Prostitution, die bekanntlich nur einen Theil der wirklichen ausmacht. Werthvoller als diese Angaben sind einige Aeußerungen der kompetenten Polizeibehörden über die sittlichen Zustände der Konfektionsarbeiterinnen. Es liegen solche vor über die Städte: Berlin, Breslau, Stettin, Erfurt, Köln, Herford, Bielefeld, Lübbecke, München, Nürnberg, Aschaffenburg, Aue i. S. und Stuttgart. Keine spricht sich dahin aus, daß unter den Konfektionsarbeiterinnen besonders ungünstige Zustände wahrzunehmen seien. Nur bezüglich Erfurts wird von dem dortigen Gewerberath ein von der Aeußerung der Polizeibehörde abweichendes Urtheil gefällt. Nach Lage der Verhältnisse liegt also kein Grund zu der Annahme vor, daß die Konfektionsarbeiterinnen sich durch besondere Unsittlichkeit auszeichnen. Was dann die Behauptung betrifft, daß es in dieser Branche vorzugsweise vorkomme, daß die Arbeiterinnen der Nöthigung der Arbeitgeber zur geschlechtlichen Hingabe unterliegen, so hat dafür die Untersuchung keinerlei Material ergeben.

Zur Arbeiterbewegung.

— Ein Generalstreik der Berliner Metallarbeiter wird vorläufig nicht erfolgen, das ist das Ergebniß der Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen am Montag. In Folge des Hamburger Ausstandes sind die Sammlungen für den Kampffond der Metallarbeiter sehr zurückgegangen, weshalb der Referent, Vertrauensmann Näther, empfahl, den Beschluß, nach welchem jeder Metallarbeiter 50 Pf. pro Woche zur Agitation zu leisten hat, zunächst außer Kraft zu setzen. Die Versammlung beschloß in diesem Sinne.

Hamburg, 12. Januar. Heute früh wurde das Freihafengebiet für die Ausständigen vollständig abgesperrt. Polizeipatrouillen beförderten alle dort angetroffenen Ausständigen über die Grenzen des Freihafengebietes, Polizeiposten besetzten die Zugänge und wiesen alle Personen zurück, die ihrem Aeußern nach zu den Ausständigen gehörten. Leute, die sich weigerten, den Anordnungen Folge zu leisten, wurden verhaftet. — Die Fachvereinigungen der Hafenarbeiter in Esbjerg (Dänemark) haben die Sperre gegen Hamburger Schiffe aufgehoben. Gestern wurde das erste Hamburger Schiff wieder gelöscht. — Der Arbeitgeberverband richtete ein Schreiben an den Senat, worin er um die Einsetzung eines staatlichen Hafeninspektors ersucht, der ähnlich, wie der Gewerbeinspektor die Gewerbebetriebe, den Hafenbetrieb im Interesse der Arbeiter dauernd beobachten soll. — Die „Hamburger Börsenh." meldet: Ein Verein der Schiffsmakler und Schiffsagenten hat sich hier am Platze gebildet, dem alle betreffenden Firmen beigetreten sind. Es hat sich eine feste Organisation auch dieser Geschäftsbranchen als nothwendig herausgestellt. Eine nähere Beziehung zum Arbeitgeberverbande sei vorbehalten. Zum Vorsitzenden des neuen Vereins wurde A. Edye, in Firma Robert M. Sloman jun., gewählt.

Bern, 12. Januar. Das Schweizer Konsulat in Hamburg warnt in der schweizerischen Presse die Arbeiter vor der Zuwanderung nach Hamburg, da sie der strengen Arbeit in dem Hafen nur ganz kurze Zeit gewachsen und auch genügend fremde Kräfte anwesend seien. Die Ansicht, daß durch den Ausstand jeder stellenlose Kaufmann sehr leicht Arbeit erhalte, sei gänzlich unrichtig; es bleibe diesen Leuten bei der Ankunft nur übrig, Arbeit im Hafen zu nehmen oder umzukehren.

Stettiner Nachrichten.

** **Stettin**, 13. Januar. Sonntag, den 10. Januar, feierte der hiesige evangelische Jünglings- und Männer-Verein „Zum guten Hirten" das 8. Jahresfest seines Bestehens. In der kirchlichen Feier, die um 5 Uhr Nachmittags in der St. Peter- und Pauls-Kirche stattfand, hielt Herr Pastor Hasert aus Kallies die herzandringende und die Gewissen anpackende Festpredigt. Daran schloß sich um 7 Uhr eine Nachfeier im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Nach erfolgter Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden erstattete der Schriftführer des Vereins, Herr Vikar Krüger, den Jahresbericht und gab als Losung fürs neue Vereinsjahr das Wort aus: Bei Gott in Gnaden und den Menschen ein Segen! Das Programm des Abends war außerordentlich reichhaltig. Dasselbe bot musikalische Vorträge, Lieder, Deklamationen von Mitgliedern u. s. w. in buntem Wechsel. Besondere rühmliche Erwähnung verdient noch ein Vortrag von Herrn Pastor Hasert über „Kallies in alter und neuer Zeit"; die fesselnd vorgeführten Bilder theils ernsten, theils heiteren Inhalts fanden allgemeinen Beifall. Die ganze Feier verlief in schönster Harmonie und hat hoffentlich auch dazu beigetragen, das Interesse zu einem lebhafteren zu gestalten, das die große Sache der Jünglings-Vereine namentlich in unserer Zeit verdient.

—z. Der evangelische Arbeiter-Verein hierselbst hatte, wie bereits mitgetheilt, ein Gesuch an die kaiserliche Ober-Postdirektion gerichtet, in welchem der große Andrang seitens der Alters-, Invaliditäts- und Unfall-Renten-Empfänger an jedem Monats-Ersten geschildert und um Abhülfe — vielleicht durch Einrichtung mehrerer Auszahlstellen — gebeten wurde. In der gestrigen General-Versammlung des Vereins wurde das Antwortschreiben der kaiserlichen Ober-Postdirektion verlesen. In demselben heißt es:

„Der Mißstand, daß am 1. eines jeden Monats vor dem Schalter des hiesigen Haupt-Postamts, an welchem die Rentenzahlung stattfindet, ein großes Gedränge entsteht und daß die Rentenempfänger mitunter Stunden lang auf ihre Abfertigung warten müssen, ist ausschließlich auf die Unsitte zurückzuführen, daß die Rentenempfänger in überaus großer Mehrzahl sich zur Erhebung ihrer Rente am Monatsersten, insbesondere in den ersten Schalterstunden zusammendrängen, während die Beträge auch noch an den folgenden Tagen in Empfang genommen werden können. So sind nach Ausweis der ausgegebenen Nummern — es ist die Einrichtung getroffen, daß jedem Rentenempfänger beim Betreten der Schalterhalle von dem zur Aufrechterhaltung der Ordnung daselbst aufgestellten Unterbeamten eine die Reihenfolge der Abfertigung bestimmende Nummer behändigt wird — am 1. Dezember bei Eröffnung des Schalters um 8 Uhr Morgens bereits 300 Personen zur Stelle gewesen. Zur Auszahlung sind gelangt am 1. Dezember Vormittags 326 Renten, am 1. Dezember Nachmittags 202 Renten, am 2. Dezember Vormittags 171 Renten, am 2. Dezember Nachmittags 67 Renten; die übrigen 115 Empfänger haben ihre Rente an den folgenden Tagen erhoben. Einem solchen Andrange gegenüber, wie die vorstehend angegebenen Zahlen ihn für den 1. Dezember nachweisen, läßt sich eine Abhülfe der beklagten Uebelstände diesseits nicht schaffen, da eine Vertheilung der Rentenempfänger auf die einzelnen Stadt-Postanstalten aus dienstlichen Rücksichten unthunlich ist. Es erübrigt nur, daß diejenigen Personen, denen das Gedränge und das lange Warten am ersten Tage des Monats zu beschwerlich ist, sich erst an einem späteren Tage zur Abhebung der Rente bei dem Postamte einfinden. Hierdurch wird dann von selbst eine Besserung des hervorgetretenen Mißstandes im Allgemeinen herbeigeführt werden."

In der Versammlung wurde anerkannt, daß auf die von der Ober-Postdirektion vorgeschlagenen Weise allerdings am einfachsten dem beklagten Uebelstande abgeholfen werde, jedoch wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß die Bescheinigungen zur Empfangnahme der Renten an dem Tage der Auszahlung selbst besorgt werden müssen.

— Wie zu erwarten war, hatte sich die gestern im Konzerthaus veranstaltete Vorstellung zum Besten des Militär-Frauen-Vereins eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen und bot der Saal ein überaus anziehendes Bild, ein reizender Damenflor hatte sich in glanzvoller Toilette eingefunden und bei der Herrenwelt war die Uniform vorherrschend. Mit doppeltem Interesse sah man den Darbietungen des Abends entgegen, denn einmal war das Programm sehr geschickt aufgestellt und andererseits waren die Mitwirkenden durchweg Dilettanten aus den Kreisen der besten Gesellschaft. Nachdem ein schwungvoller Prolog den Abend eingeleitet, boten sich dem Auge eine Anzahl lebender Bilder nach bekannten Meistern und war das Arrangement derselben in vorzüglicher Weise gelungen, Farbenpracht der Kostüme und Anmuth der Darstellung vereinigten sich zu einem schönen Ganzen und entzückten die beifallslustigen Zuschauer. Die darauf folgenden Einakter: „Jugendliebe" von Wilbrandt und „Aus Liebe zur Kunst" von Moser wurden überaus flott gespielt und einige der Darsteller bewiesen ein beachtenswerthes Talent, Alle aber zeigten, daß sie sich aus Liebe zur Sache auch mit Eifer der Liebe zur Kunst hingegeben und bemüht waren, das Beste ihres Könnens darzubieten. Der lebhafte Beifall der Zuhörer und das Bewußtsein, durch ihr Wirken einem wohlthätigen Zweck einen erheblichen Betrag zugeführt zu haben, wird den Mitwirkenden der schönste Lohn für ihre Bemühungen sein. Die begleitende Musik wurde von der Kapelle des Königs-Regiments unter Herrn Offeneys Leitung in dezenter Weise durchgeführt. Im Nebensaale waren einladende Buffets aufgestellt und herrschte dort auch noch nach Schluß der Vorstellung bewegtes Leben.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40, Filet 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schweinefleisch: Kotelettes 1,40, Schinken 1,30, Bauch 1,20 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60, Keule 1,50, Vorderviertel 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40, Keule 1,30, Vorderfleisch 1,10 Mark; geräucherter Speck 1,70 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

* In vorletzter Nacht wurde auf dem Grundstück Elysiumstraße 6 ein Verschlag erbrochen und daraus eine Anzahl Hühner gestohlen.

* In der Nähe von Karolinenhorst wurde am Sonntag früh der Arbeiter Hermann Kunz todt aufgefunden. Die Leiche zeigte am Kopfe mehrere erhebliche Verletzungen, denen K. ohne Zweifel erlegen ist. Es wurde festgestellt, daß der Verstorbene am Sonnabend mit anderen Arbeitern in einem bei Kasekow belegenen Walde beschäftigt gewesen sei und in Gemeinschaft mit den Andern den Heimweg angetreten habe. Jedenfalls ist nun unter den Arbeitern eine Schlägerei entstanden, in deren Verlauf K. die erwähnten schweren Verletzungen erhielt. Die Untersuchung ist eingeleitet und eine Verhaftung bereits vorgenommen worden.

Aus den Provinzen.

β **Pyritz**, 12. Januar. Der hiesige Hausbesitzer-Verein ist nunmehr auch dem Zentral-Verbande der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands als ordentliches Mitglied beigetreten.

L. Swinemünde, 13. Januar. Die hiesigen städtischen Behörden haben beschlossen, eine Petition an den Herrn Eisenbahnminister abzusenden, in welcher ersucht wird, Se. Excellenz möchten die Interessen hiesiger Stadt wohlwollend berücksichtigen und verfügen, daß die neue, von Wollin hierher weiterzubauende Bahn nicht oberhalb der Stadt in der Nähe des sogenannten Mövenhakens, sondern in der Nähe der jetzigen Dampffähre mittelst eines Trajektschiffes über den Swinestrom geführt und an die hiesige Hafenbahn angeschlossen werde.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 13. Januar. In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt gegen den Knecht Felix Schäfer aus Pinnow, dem versuchte Nothzucht zur Last gelegt war. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig unter Annahme mildernder Umstände und wurde der Angeklagte zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt unter Anrechnung von zwei Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft.

Saarbrücken, 12. Januar. In dem Beleidigungsprozeß Stöcker wider Schwuchow beantragte der Rechtsbeistand des Klägers Stöcker, Rechtsanwalt Dr. Muth, die Vertagung bis zur Entscheidung in der gegen den Freiherrn von Stumm in Neunkirchen schwebenden Beleidigungsklage, denn Freiherr v. Stumm habe, wie bekannt geworden sei, zeugeneidlich bestätigt, daß seine Kritik die ausdrücklichste und uneingeschränkteste Billigung des Kaisers gefunden habe. Es handle sich in diesem Prozesse aber auch um den Abdruck der Stummschen Rede, und über diese könne nur nach Führung des Wahrheitsbeweises entschieden werden. Der Beklagte Redakteur Schwuchow und sein Vertheidiger Justizrath Boltz widersprechen dem Antrage des Klägers, da es sich laut Eröffnungsbeschlusses lediglich um die von dem Beklagten behauptete Thatsache handle, daß die Stumm'sche Kritik die ausdrücklichste und uneingeschränkteste Billigung des Kaisers gefunden habe. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und lehnte die Vertagung ab. Rechtsanwalt Dr. Muth zog darauf die Klage zurück. Der Gerichtshof beschloß, dem Kläger sämtliche Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Vermischte Nachrichten.

München, 12. Januar. Nach einem hier eingelaufenen amtlichen Telegramm ist in der vergangenen Nacht im Bergwerk Hausham ein Theil der Grundstrecke eingestürzt. Niemand ist verunglückt. Umlaufende gegentheilige Gerüchte sind unbegründet.

Augsburg, 12. Januar. Wie aus Altomünster bei Aichach hier gemeldet wird, wurde in der gemeindlichen Sparkasse in Altomünster ein Fehlbetrag von 130 000 Mark entdeckt, der bis in das Jahr 1894 zurückreicht. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Oldenburg, 12. Januar. Die große Steingutfabrik in Grohe bei Vegesack ist fast ganz niedergebrannt. Sehr viele Arbeiter sind beschäftigungslos geworden. Der Schaden beziffert sich auf beinahe eine halbe Million.

Chur, 12. Januar. Nach der vorläufigen Schätzung beträgt der durch das Feuer in dem Dorfe Zizers angerichtete Schaden 200 000 Franks. Es ist ein Hülfskomitee gebildet worden.

Aus der Schweiz, 10. Januar. Donnerstag Mittag, berichtet die „Neue Zürch. Ztg.", gerieth Revierförster Theodor Wipfli auf einem Forstgang im Berg Schwanden droben bei Attinghausen in eine Lawine. Zum Glück that er im ersten Absturz zwei gewaltige Schreie. Zufällig kam von der Höhe herunter ein Bauer mit Heu und im Walde unterhalb holzte ein Mann. Diese hörten den Schrei und eilten der Unglücksstelle zu. Einer hatte Schaufeln, und so gelang es ihnen nach kurzer Zeit, den Verschütteten dem kalten Grabe zu entreißen. Wenn sich nicht innere Verletzungen einstellen, so kommt der Mann mit einigen Quetschungen davon.

Paris, 11. Januar. Die 35. russische Artilleriebrigade hat dem 35. französischen Artillerie-Regiment in Vannes ein kostbares Photographie-Album zum Geschenk gemacht. Der Einband trägt reiche Verzierungen von vergoldetem Silber und Emaille in russischem Stil, deren Mittelpunkt zwei Artilleristen, ein Russe und ein Franzose bilden, die sich neben einer Kanone umarmen. Ueberdies trägt der Einband folgende Inschriften: „Die beiden Länder sind durch dieselben Freundschaftsgesinnungen verbunden, die zwischen ihren beiden Armeen bestehen." „Hoch die französische Artillerie!" und „Souvenir de fraternité!"

Schiffsnachrichten.

A **Antwerpen**, 13. Januar. Die Schifffahrt mußte auf der Schelde, des starken Nebels wegen, vorläufig eingestellt werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. Januar. Wetter: Bedeckt. Temperatur 0 Grad Reaumur, Barometer 759 Millimeter. Wind: OSO.

Weizen, Roggen, Hafer, Gerste ohne Handel.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 37,2 bez. Termine ohne Handel.

Rüböl still, loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 54,00 B., per Januar 55,00 B., per April-Mai 55,25 B.

Landmarkt.

Weizen 168,00—171,00. Roggen 121—123,00. Gerste —. Hafer 132—135. Heu 3,00—3,50. Stroh 30—35. Kartoffeln 48—51 per 24 Zentner.

Privat-Ermittelung.

Weizen loko 170,00 erreichbar.
Roggen loko 123,50 erreichbar.
Hafen loko 133,00 erreichbar.

Berlin, 13. Januar. (Berliner Produktenmarkt. Privat-Ermittelungen.) Weizen per Mai 179,25. Leblos.

Roggen loko 129,00, bis 129,50, per Mai 130,50. Leblos.

Hafer loko 133,00 bis 149,00, per Mai —,—. Schwach.

Rüböl loko m. F. 56,80. Nom. loko o. F. 55,50.

Amtlich. Januar 56,70, Mai 56,40 Still.

Spiritus amtl. loko 70er 38,30, loko 50er —,—. per Mai 42,50, per September 43,50.

Mais loko 101,00 bis 102,00. Schwach.

Petroleum 21,00 nom.

London, 13. Januar. Wetter: Kälter.

Berlin, 13. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	103,90
do. do. 3½%	103,75
do. do. 3%	99,00
Deutsche Reichsanl. 3%	98 75
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,20
do. do. 3%	94,20
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	100,50
3% neuländ. Pfandbriefe	94 00
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100 70
do. 3%	93 50
Italienische Rente	92 00
do. 3% Eisenb.-Oblig.	55 60
Ungar. Goldrente	104,00
Rumän. 1881er am. Rente	100,75
Serbische 4% 95er Rente	67 25
Griech. 5% Goldr. v. 1890	28 90
Rum. amort. Rente 4%	88,70
Russ. Boden-Credit 4½%	105,50
do. do. von 1880	— —
Mexikan. 6% Goldrente	96 80
Oesterr. Banknoten	169,95
Russ. Banknoten Cassa	216 70
do. do. Ultimo	216,75
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	109 90
do. (100) 4%	106 90
do. (100) 4%	101,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	100,25
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	101,75
Stett. Bul.-Act. Litt. B.	188,00
Stett. Bulc.-Prioritäten	179 00
Stettiner Straßenbahn	106 00
Petersburg kurz	216 20

London kurz	— —
London lang	— —
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	— —
Berliner Dampfmühlen	117 50
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	68,00
„Union", Fabrik chem Produkte	120,75
Barziner Papierfabrik	183,25
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	102,00
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,00
Stett. Stadtanleihe 3½%	100 50

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	211,50
Berliner Handels-Gesellsch.	161,50
Oesterr. Credit	237,10
Dynamite Trust	201 60
Bochumer Gußstahlfabrik	166 80
Laurahütte	167 25
Harpener	184 40
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	184 30
Dortm. Union St.-Pr. 6%	53,25
Ostpreuß. Südbahn	94,50
Marienburg-Mlawkabahn	93,50
Mainzerbahn	119,20
Norddeutscher Lloyd	112,00
Lombarden	40,00
Franzosen	156 00
Luxemb. Prince-Henribahn	95 10

Tendenz: Schwankend.

Paris, 12. Januar, Nachm. (Schluß-Kourse.) Fest.

	12.	11.
3% amortisirb. Rente	100,90	—,—
3% Rente	102,37½	102,35
Italienische 5% Rente	91,75	91,65
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
4% Russen de 1889	102,40	102,50
3% Russen de 1891	93,20	93,25
4% unifiz. Egypten	—,—	105,80
4% Spanier äußere Anleihe	61,87	62,25
Convert. Türken	21,27½	21,25
Türkische Loose	106,00	105,50
4% türk. Pr.-Obligationen	446,00	449,00
Franzosen	784,00	779,00
Lombarden	—,—	—,—
Banque ottomane	553,00	552,00
„ de Paris	823,00	820,00
Debeers	761,00	761,00
Credit foncier	682,00	673,00
Huanchaca	69,00	69,00
Meridional-Aktien	641,00	636,00
Rio Tinto-Aktien	663,00	656,50
Suezkanal-Aktien	3260,00	3252,00
Credit Lyonnais	776,00	775,00
B. de France	3705 00	3700,00
Tabacs Ottom.	337,00	336,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122⁹/₁₆
Wechsel auf London kurz	25,20½	25,21
Cheque auf London	25,22½	25,23
Wechsel Amsterdam k.	206,53	206,50
„ Wien k.	208,25	208,25
„ Madrid k.	400,50	401,00
„ Italien	4,75	4,62
Robinson-Aktien	214,00	213,00
4% Rumänier	88,70	—,—
5% Rumänier 1892 u. 93	101,25	—,—
Portugiesen	24,87½	25 00
Portugiesische Tabaksoblig.	492,00	490,00
4% Russen de 1894	66,50	66,50
Langl. Estat.	108,00	110,00
3½% Russ. Anl.	100,10	100,25
3% Russen (neue)	93,10	93,00
Privatdiskont	—,—	— —

Hamburg, 12. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 52,50, per Mai 53,00, per September 53,25, per Dezember 54,25.

Hamburg, 12. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 9,35, per Februar 9,37½, per März 9,47½, per April 9,52½, per Mai 9,60, per August 9,90. Behauptet.

Bremen, 12. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Niedriger. Loko 5,65 B. Russisches Petroleum. Loko —,— B. Schmalz besser. Wilcox 22½ Pf., Armour shield 22½ Pf., Cudahy 24 Pf., Choice Grocery 24 Pf., White label 24 Pf., Fairbanks — Pf. — Speck fest. Short clair middl. loko 22½ Pf., per Dezember-Januar — Pf.

Wien, 12. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 8,61 G., 8,63 B. Roggen per Frühjahr 7,18 G., 7,20 B. Mais per Mai-Juni 4,18 G., 4,20 B. Hafer per Frühjahr 6,37 G., 6,39 B.

Amsterdam, 12. Januar. Java-Kaffee good ordinary 51,00.

Amsterdam, 12. Januar. Bancazinn 36,00.

Amsterdam, 12. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März 201,00, per Mai 200,00. Roggen loko —, do. auf Termine ruhig, per März 110,00, per Mai 112,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 12. Januar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,25 bez. u. B., per Januar 18,25 B., per Februar 18,50 B., per März —,— B. Ruhig.

Antwerpen, 12. Januar. Schmalz per Januar 52,00. Margarine ruhig.

Antwerpen, 12. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste ruhig.

Paris, 12. Januar, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 24,50 bis 25,00. Weißer Zucker beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 27,00, per Februar 27,12. per März-Juni 27,75, per Mai-August 28,12.

Paris, 12. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Januar 22,40, per Februar 22,70, per März-Juni 23,40, per Mai-August 23,80. Roggen ruhig, per Januar 14,75, per Mai-August 14,50. Mehl fest, per Januar 47,80, per Februar 48,00, per März-Juni 48,90, per Mai-August 49,35. Rüböl ruhig, per Januar 55,25, per Februar 55,50, per März-April 56,25, per Mai-August 56,75. Spiritus ruhig, per Januar 32,75, per Februar 32,50, per März-April 33,00, per Mai-August 33,75. — Wetter: Bewölkt.

Havre, 12. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 64,25, per Mai 64,50, per September 65,75. Ruhig.

London, 12. Januar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

London, 12. Januar. 96proz. Javazucker 11,25, ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9,37, fest. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 12. Januar. Chili-Kupfer 49,87, per drei Monate 50⁷/₁₆.

London, 12. Januar. Spanisches Blei 11 Lstr. 13 Sh. 9 d.

London, 12. Januar. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 50 Lstr. — Sh. — d. Zinn (Straits) 59 Lstr. — Sh. — d. Zink 17 Lstr. 19 Sh. — d. Blei 11 Lstr. 17 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 48 Sh. 6 d.

Liverpool, 12. Januar. Getreidemarkt. Weizen ½—1 d., Mais ½ d. niedriger. Mehl ruhig. Wetter: Trübe.

Glasgow, 12. Januar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 48 Sh. 7 d. Warrants middlesborough III. 41 Sh. 7 d.

Newyork, 12. Januar. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 86,87. Mais per Mai 30,62.

Newyork, 12. Januar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 90 000, do. nach Frankreich —,—, do. nach anderen Häfen des Kontinents 6000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 78 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents —,— Qtrs.

Newyork, 12. Januar, Abends 6 Uhr.

	12.	11.
Baumwolle in Newyork	7⁵/₁₆	7,25
do. in Neworleans	7,00	7,00
Petroleum Rohes (in Cases)	6,90	6,90
Standard white in Newyork	6,20	6,20
do. in Philadelphia	6,15	6,15
Pipe line Certificates	90,00	91,00
Schmalz Western steam	4,20	4,20
do. Rohe und Brothers	4,40	4,45
Zucker Fair refining Moscovados	2¹³/₁₆	2¹³/₁₆
Weizen behauptet.		
Rother Winter- loko	98,12	97,37
per Januar	89,37	88,75
per Februar	—,—	—,—
per März	90,87	90,25
per Mai	87,12	86,37
Kaffee Rio Nr. 7 loko	10,12	10,12
per Februar	9,60	9,55
per April	9,70	9,60
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,60	3,60
Mais behauptet,		
per Januar	29,25	28,62
per Februar	—,—	—,—
per Mai	30,75	30,50
Kupfer	11,60	11,60
Zinn	13,10	13,00
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,25

Chicago, 12. Januar.

	12.	11.
Weizen beh., per Januar	78,12	77,37
per Februar	—,—	—,—
Mais beh., per Januar	22,37	22,12
Pork per Januar	7,65	7,75
Speck short clear	4,12½	4,00

Wasserstand.

* **Stettin**, 13. Januar. Im Revier 5,32 Meter = 16′ 11″.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 13. Januar. Die Urtheile über den, wie es heißt, bereits zum Minister des Aeußern ernannten bisherigen Gesandten Muraview lauten hier ziemlich pessimistisch. Man glaubt in dessen Ernennung eher eine Gefahr für den Weltfrieden erblicken zu müssen; jedenfalls könne man sich auf Ueberraschungen gefaßt machen, um so mehr, als die Großmächte in verschiedenen schwebenden politischen Fragen nicht einig seien und die Situation in der Türkei unhaltbar sei.

Brüssel, 13. Januar. Nach dem Schluß der Brüsseler Ausstellung wird Prinz Albert eine Reise nach den südamerikanischen Provinzen unternehmen.

Antwerpen, 13. Januar. Der deutsche Dampfer „Roma" wird aus Triest hier mit einer Ladung von 93 000 Gewehren erwartet, welche in Belgien umgearbeitet und dann nach dem Kongo gesandt werden sollen.

Paris, 13. Januar. Während die gemäßigten republikanischen Blätter die gestrige Rede des Senatspräsidenten Wallon, betreffend die Gleichberechtigung des Senats und der Kammer, vollauf billigen, erklären die radikalen und sozialistischen Blätter, diese Rede sei der letzte Akt der Energie gewesen, zu welcher die aus körperlich und geistig hinfälligen Männern zusammengesetzte Versammlung noch fähig war.

Paris, 13. Januar. „Gaulois" veröffentlicht die Meldung, Präsident Faure werde demnächst eine Initiative ergreifen, die großes Aufsehen erregen wird. Hier bestand bisher eine Alters-Pensionsanstalt, nur für Diejenigen, welche in der Staatskasse hinreichende Kapitalien niedergelegt hatten. Ein Alters-Pensions-Gesetz war bereits vor fünf Jahren von dem früheren Minister Constans ausgearbeitet, aber nicht zur Ausführung gelangt. Faure will jetzt an die Großkapitalisten und an die Großindustriellen einen Aufruf ergehen lassen, um auf dem Subskriptionswege einen Alterspensionsfonds zu schaffen. Faure selbst soll 100 000 Franks gezeichnet haben. Das Blatt zweifelt, daß der Aufruf hinreichende Kapitalien zusammenbringen wird, lobt aber das Vorgehen Faures wegen seiner Initiative.

Gestern Abend fand das dritte anarchistische Meeting statt. Die anarchistischen Redner ergingen sich in heftigen Auslassungen gegen die Spanier und vertheidigten die Sache der kubanischen Insurgenten. Die Ordnung wurde Dank des polizeilichen Aufgebots nicht gestört.

Belgrad, 13. Januar. Die serbischen Bewohner des türkischen Dorfes Radijavitsch wurden vom türkischen Militär mißhandelt und flüchteten deshalb nach Serbien. Die serbische Regierung hat wegen dieser Vorgänge in Konstantinopel reklamirt.